

Rede zur Anpassung der Regelsätze (Plenarsitzung vom 23.8.2007)

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Präsidentin! Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr werdet und Sie werden sich hier schon noch anhören müssen, was ich zu sagen habe, denn ich bin auch noch Mitglied dieses Parlaments.

Wenn man den Kollegen Romberg von der FDP so reden hört, dann kann man den Eindruck gewinnen, man wollte die Regelsätze jetzt sogar noch weiter nach unten korrigieren.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das hat er doch gar nicht gesagt!)

– Ich habe es aber so gehört, wie er es gesagt hat.

Ich frage Sie, Herr Minister: Welchen Eindruck soll man denn nach Ihrer Rede haben? Sind Sie jetzt für einen Mindestlohn in der Höhe von mindestens 9 €, damit das Lohnabstandsgebot tatsächlich gewährleistet ist, oder was heißt das? Wollen Sie die Renten erhöhen, oder wollen Sie auch Hartz IV weiter kürzen, damit der entsprechende Abstand gegeben ist? – Genau das war die Rede, die Sie hier gehalten haben.

(Widerspruch von der CDU)

Ich stelle noch einmal fest: Das, was Sie Frau Altenkamp für die SPD hier gesagt haben, nämlich die Regelsätze zu überprüfen, ist sicherlich ein vernünftiger Vorschlag.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Regelsatzverordnung!)

Ich muss leider aber auch sagen: Das, was die Grünen hier vorgestellt haben, ist leider so kurz, wie es unkonkret ist. Denn auch ihr sagt nicht konkret, wie viel es sein soll und auf welche Höhe die Regelsätze denn angehoben werden sollen.

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband spricht davon, dass der Satz um 19 % zu niedrig ist. Es wäre also ein erster Schritt, die Regelsätze auf 420 € zu erhöhen. Das ist eine ganz konkrete Forderung. Das steht aber in diesem Antrag der Grünen leider nicht drin. Deswegen kann ich diesen Antrag so leider auch nicht unterstützen. Ich werde mich enthalten, weil er tendenziell zwar in die richtige Richtung geht, aber leider völlig unkonkret ist.

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

Aus meiner Sicht ist es so: Wir brauchen eine soziale Grundsicherung, die bedarfsorientiert sein muss und die Verarmung und Entwürdigung von allen Erwerbslosen und auch Menschen mit geringem Einkommen beendet. Wie gesagt: Die Erhöhung des Regelsatzes auf 420 € wäre sicherlich ein erster Schritt. Auch in NRW gibt es viele Menschen, die unter ärmsten Bedingungen leben. Ein besonderer Skandal ist, dass 540.000 Kinder und Jugendliche in NRW unter der Armutsgrenze leben.

Das Fazit dieser Politik, die von CDU und FDP gemacht wird, ist: Es gibt keine Chancengleichheit. Wenn bei 207 € – das ist der Satz für Kinder unter 15 Jahren – täglich 2,42 € für Essen zur Verfügung stehen, dann macht es deutlich, wie wenig Geld diese Kinder für ein vernünftiges Essen zur Verfügung haben.

Aus meiner Sicht ist es so, dass die Bestimmung des sozioökonomischen Existenzminimums sich auch an den in der EU anerkannten Standards zur Bestimmung der Armutsrisikogrenze und weiterer Referenzgrößen, wie zum Beispiel einem Warenkorb, zu orientieren hat. Das alles findet im Moment aber nicht statt. Wir haben die Situation, dass Kinder in Armut leben, keine Chancengleichheit haben und sich noch nicht einmal vernünftig ernähren können.

Deswegen kann ich nur sagen: Wir müssen ganz andere Schritte gehen. Wir müssen endlich eine soziale, existenzsichernde Grundsicherung einführen. Das wäre eine vernünftige Maßnahme. Das, was ich hier heute gehört habe – gerade von den Koalitionsfraktionen – geht in die völlig falsche Richtung. Leider ist das, was die Grünen vorschlagen viel zu unkonkret.

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Sagel. – Frau Steffens für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun das Wort.